

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dienstzeit
Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.
Postfach Nr. 82.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtskommissariate beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Meißen behördlichste bestimmte Blatt.

Buchdruckerei
Dresden 1589.
Girofazit:
Riesa Nr. 52.

Nr. 18.

Montag, 16. Januar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme bei Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverzerrungen, Schätzungen der Höhe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Summe des Ausgabebetrags sind bis 9 Uhr normalerweise auszugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Anzeige für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundbetrags für die 20 mm breite, 2 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Blattmautzeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraubende und kostspielige Sätze 50%. Auflösung, Rechte Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingesogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Sitzungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichttägige Gitarrenausgabenbeläge (Schüler an der Elbe). — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger eingewebte Sitzungen des Betriebes der Deutschen, der Eisenbahnen oder der Geländebergeinstellung — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Rückerstattung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotausdruck und Verlag: Berger & Winterlich, Riesa. Geschäftsführer: Gustav Krämer. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. Ihr Anwälte: Wilhelm Hittich, Riesa.

Die pan-amerikanische Konferenz.

Wer die große politische Bedeutung der heute, am 16. Januar 1928, in Havanna zulande tretenen pan-amerikanischen Konferenz nicht auf Grund der großen sozialen Bindungen und Interessen zu erkennen vermoht, dem wird vielleicht das ungeheure Ausgebot der Intelligenzkräfte, die die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika für diesen Kongress mobil gemacht haben, die Erkenntnis geben, welch großes Interesse Washington dieser Aussprache entgegenbringt. Präsident Coolidge begibt sich außer Land. Ihm folgt Staatssekretär Kellogg, dann als offizieller Führer der Delegation der ehemalige Staatssekretär Hughes, der neue amerikanische Botschafter in Mexiko Morrow, der amerikanische Botschafter in Rom Fletcher. Also man sieht die führenden Männer der Vereinigten Staaten, die gewießten Taktiker und Kenner des amerikanischen Wirtschaftslebens einen nach Havanna, um schon durch ihre Anwesenheit einer Weltöffentlichkeit zu demonstrieren, daß hier Fragen zu entscheiden sind, wie sie vitaler und tiefer die Interessen der nord-amerikanischen Union noch nie berührten haben. Es wäre durchaus falsch, wenn wir in Europa den Dingen, die sich da drüben über dem Ozean entwickeln, nicht das Interesse entgegenbringen würden, das sie verdienen, da sie, zwar nicht unmittelbar, aber doch mittelbar, auch auf die europäische Zone sich Einfluß verschaffen.

Auf dieser Konferenz von Havanna stehen eine Unzahl von Fragen, Interpellationen und Programmpunkten zur Verhandlung. Räkt man sie alle zusammen, wagt man die eine Frage gegen die andere ab, prüft man die Untergrund, die sie alle tragen, so wird man auch das große Kernproblem der Außenhandelsregulation in Havanna sehr schnell herausbekommen. Es ist weniger der pan-amerikanische Verbund selbst, der hier auf eine praktische Unterlage gestellt werden soll, es ist mehr die Frage, ob dieser pan-amerikanische Gedanke eine Struktur nord-amerikanischer Prägung bekommen soll, oder die Struktur eines Nationenbundes, nach dem Vorbild der Genfer Institution. Man hat vielfach die nicarauanische Angelegenheit, das heißt, die imperialistische Politik Washingtons in Central-Amerika, als das heikelste und auch schwierigste Problem der kommenden Ausprache bezeichnet. Diese Ansicht dürfte nicht ganz richtig sein. Wohl liegen eine Anzahl von Interpellationen süd-amerikanischer Staaten über die Interventionspolitik Washingtons vor. Aber es ist noch eine große Frage, ob diese Interpellationen in der Tat auch in Havanna zur öffentlichen Diskussion gestellt werden. Washington hat durch verschiedene Ausschüsse offizieller und halboffizieller Art erkennen lassen, daß von diesem brennenden Thema am allerwenigsten gefroren werden soll. Den Herren der Washingtoner Regierung kommt es gar nicht darauf an, sich über ihre Politik in Nicaragua zu rechtfertigen. Was sie wollen, das ist die Erfahrung gewinnen, ob dieses zu gründende Pan-Amerika sich der Hegemonie der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika zu beugen beginnt oder nicht. Das ist die Erfahrung zu gewinnen, ob die kommende Struktur des neuen Pan-Amerika sich loslösen wird aus dem übrigen Gebäude der Weltpolitik, ob alle Nationen des amerikanischen Kontinents gewillt sind, sich von den Dingen in Europa fernzuhalten, oder ob sie in den Regelungen derer, Völkerbundspolitik zu betreiben, das heißt die Politik der Großmächte Europas mitzumachen. Will man alle diese Forderungen der nord-amerikanischen Union auf eine Form bringen, so lautet sie: Monroeokratie und Unabhängigkeit von Europa. Havanna wird lehren, ob diese Washingtoner Formen eine Aussicht auf ihre praktische Durchführung haben oder nicht.

Es läßt sich nicht abstreiten, daß eine große Anzahl der südamerikanischen Staaten den Hegemonialanspruch Washingtons entgegenstellt. Diese Opposition der süd-amerikanischen Staaten basiert keinesfalls auf einer illangrohen Sympathie für die kleinen zentral-amerikanischen Nationen, die mehr oder weniger bereits dem Machtkreis Washingtons eingefügt sind. Diese Opposition ergibt sich wohl in den Hauptstädten aus der Erfahrung der immer härteren und energetischer fortwährenden Wirtschaftskraft der Vereinigten Staaten, deren Expansionströmung bereits die Selbstständigkeit auch der meisten Staaten des süd-amerikanischen Kontinents zu gefährden droht. Diese Opposition entsteht also letzten Endes aus dem Willen, sich frei zu machen von der Hegemonie der nord-amerikanischen Wirtschaftskraft. So löst bleibt hier allerdings die Frage, ob das amerikanische Kapital in Süd-Amerika nicht bereits die harten Bindungen hergestellt hat, die es den betroffenen Nationen unmöglich machen, Aktionen gegenüber Washington einzunehmen. Mehr oder weniger sind fast alle der süd-amerikanischen Staaten an die Wirtschaft Nord-Amerikas stark verschuldet. Die Waffe, mit der Washington in Havanna den Kampf zu besiegen hofft, ist also recht gewaltig. So stark, daß man kaum annehmen vermag, daß die nord-amerikanische Union das bevorstehende Treffen nicht siegreich beenden wird.

Ein Erfolg der Politik Washingtons in Havanna wird und muß die Unabhängigkeit aller Staaten des amerikanischen Kontinents von der europäischen Politik vollkommen machen. Er wird dem großen Plan Washingtons, neben einem europäischen Völkerbund auch einen amerikanischen Völkerbund erischen zu lassen, feste Umrisse und große Wahrscheinlichkeit auf seine praktische Durchführung geben. Dies allein besitzt schon die große Bedeutung der Konferenz von Havanna auch für die Nationen Europas. Wie die Aussprache in Havanna endigen wird, ist im Augenblick ungewiß. Auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse des amerikanischen Kontinents wird man auszuschließen haben, daß Washington ein großes Stück Weg zu seinem Ende zurücklegen wird. Wenn es auch der Delegationschef Washington

Beginn der Länderkonferenz in Berlin. Reichshilfe für die Länder. — Die Vorstöße der Reichsregierung.

Berlin. (Bunkspruch) Heute vormittag 10 Uhr begann in der Reichskanzlei unter dem Vorstoß des Reichskanzlers Dr. Marx die Konferenz der Ländervertreter, die sich mit den Fragen der Verwaltungs- und Verfassungsreform beschäftigen sollen. Die Ministerpräsidenten und die zuständigen Staatsminister der Länder sind vollständig erschienen, so daß etwa 100 Personen an den Verhandlungen teilnahmen. In Beginn der Konferenz hielt Reichskanzler Dr. Marx eine längere Begrüßungsansprache. Man redet damit, daß die Verhandlungen mindestens 2 Tage in Anspruch nehmen, wahrscheinlich aber sogar bis Mitte der Woche dauern werden.

Der Herr Reichskanzler hält in seiner Begrüßungsansprache die Herren willkommen, wies auf die historische Bedeutung des Verhandlungsortes hin, in dem 1878 der Berliner Kongreß und im November 1918 die bedeutsame Aussprache mit den Vertretern der einzelnen Freistaaten unter dem Vorstoß des damaligen Volksdeputierten und späteren Reichspräsidenten Theodor Fontane. Er plädierte dann für die Aufgaben der Länderkonferenz, wobei er besonders hervorhob, daß jede Neuordnung in den Beziehungen zwischen Reich und Ländern auf der Grundlage vollster gegenseitiger Loyalität erfolgen müsse. Es werde sich ferner vor allem darum handeln, einzelnen Ländern durch Übernahme gewisser Verwaltungszweige auf das Reich zu helfen, ferner die Befreiung der Enklaven und Exklaven mit möglichster Beleidigung zu betreiben und im Reich und in den Ländern auf dem Wege umfassender Verwaltungsmaßnahmen wesentliche Erfahrungen zu erzielen. Die Reichsregierung erwarte von den Verhandlungen ein gutes ergiebiges Resultat und von der Aussprache eine Vertiefung und Stärkung des Bewußtseins, daß die Einheit der Nation und des Reiches ihr wertvollstes und bestes Gut sei, das dem Deutschen Volke den Trümmern der Kriegs- und Nachkriegszeit gehalten sei.

Ihns in Havanna vielleicht nicht möglich sein wird, die großen Forderungen der Union den anderen Partnern der Konferenz aufzuzwingen, so würde der Kongreß dann für Washington schlimmstens mit einer nichtgünstigen und recht übertriebenen Resolution endigen, die formal die Wünsche Washingtons zwar nicht erfüllt, aber dennoch die praktischen Möglichkeiten für eine weitere Expansion der Wirtschaft der nord-amerikanischen Union offen läßt.

Zum Zoll Gebler. Entscheidung erst Ende der Woche.

Berlin. (Bunkspruch) Wie den Blättern mitgeteilt wird, ist die Reichsregierung augenblicklich durch die Länderkonferenz und andere Vorgänge so belastet, daß eine Entscheidung über die Nachfolge des bisherigen Reichsministers vor Ende der Woche nicht zu erwarten ist.

Zunächst kein Streit in der anhaltischen Metallindustrie.

Halle. (Bunkspruch) Eine Meldung, daß in den Metallbetrieben in Anhalt gekämpft würde, trifft nicht zu. Schließlich in Werderburg haben etwa 100 Schlosser und etwa 100 Dreher in je einem Betrieb die Arbeitskästen verlassen. In den sonstigen metallverarbeitenden Betrieben Anhalts können die Arbeiter lediglich über Annahme oder Ablehnung des Friedensvertrages ab.

Eingreifen des Reichsarbeitsministers.

Berlin. (Bunkspruch) In dem Rohstoffstreit in der mitteldeutschen Metallindustrie, in dem von den Arbeitnehmern der Streit befohlen und zum Teil heute früh die Arbeit bereits niedergelegt wurde, hat der Reichsardbeitsminister die Parteien zu morgen vormittag 12 Uhr zu Verhandlungen in das Reichsarbeitsministerium geladen.

Arbeitszeit- und Lohnbewegung im Ruhrbergbau.

Essen. (Bunkspruch) Gestern fanden im Ruhrgebiet etwa 40 Mitgliederversammlungen des Gewerbevereins freikirchlicher Bergarbeiter statt, die die auf der Essener Bergarbeiterkonferenz einstimmig angenommenen Entschließungen ebenso annahmen. In dieser Entschließung erfuhr die Bergarbeiterkonferenz die Hauptverwaltung, unverzüglich mit den übrigen Organisationen der Arbeitsgemeinschaft der Bergarbeiterverbände Verhandlungen über die baldige Rundfahrt des Werkarbeitsabkommens aufzunehmen, dessen zwölfjährige Regelung vom Bergbau abgelebt worden war und die kostet von der Leitung des Gewerbevereins, daß eine verlängerte Arbeitszeit baldmöglich eingeführt und eine der Trennung entsprechende Lohn erhöhung erfolgt. Der alte Verband wird am kommenden Sonntag in Bochum zu den sozialen Fragen gleichfalls Stellung nehmen.

Nach geschäftsbüroordinationsmäßigen Mitteilungen begannen zu der Stunde der verlässig-rechtlichen Bekanntgabe zwei der Reiche und Länder die Referate und Korrekturen.

Als Redner sind hierzu bekanntlich vorgezeichnet: Als Referenten der Präsident des Hamburger Senats Bürgermeister Dr. Petersen und der württembergische Staatspräsident Basile und als Korreferenten der bayerische Ministerpräsident Held und der preußische Ministerpräsident Dr. o. Strauß.

Berlin. Nach einer Meldung der „Volkschen Zeitung“ wird die Reichsregierung auf der bevorstehenden Länderkonferenz ihre Bereitwilligkeit zum Handeln bringen, den Ländern, die last der Verwaltung allein nicht mehr tragen können, eine Hilfe dadurch zu gewähren, daß sie, falls das von den Ländern gewünscht wird, einzelne Verwaltungsangelegenheiten übernimmt. Der Ausana sei zwischen dem Reich und Thüringen gemacht. Hier finden Verhandlungen wegen der Übernahme eines Teiles der Steuerverwaltung auf die Reichsfinanzverwaltung statt. Dieser Gedanke brachte sich nach Ansicht der Reichsregierung nicht allein auf die Organe der Finanzverwaltung zu begrenzen, sondern lasse sich auch auf andere Verwaltungsgemäle erweitern.

Des weiteren werde die Reichsregierung Vorstöße hinsichtlich der Beseitigung der Enslaven und Exslaven machen, und fürtlich sollen bestimmte Sparmaßnahmen vorschlagen werden, die u. a. den Zustand der Doppelkompetenzen betreffen sollen.

Weiter berichtet die „Volkschen Zeitung“, daß Staatssekretär Pöhl, der auf Seiten der Reichsregierung steht, die Vorbereitung der Länderkonferenz bemüht hat, gewonnen zu haben, daß die Verhandlungen fernzubleiben, da er an einer Bildungsanstalt erkrankt ist. Neben den einzelnen Staatssekretären wird auch der Reichskommissar Seemüller an den Verhandlungen teilnehmen.

Regierungserklärung über Einsichtnahme in den Religionsunterricht.

W. Berlin. Der Bildungsaußenrat des Reichstags nimmt am Sonnabend die Ansprache über den Paragr. 15 des Reichsgrundgesetzes, der die Einsichtnahme in den Religionsunterricht behandelt und zu dem der bekannte Kompromißauftag der Regierungsparteien vorliegt, noch nicht ab.

Nachdem nochmals die Redner aller Parteien ihren bereits berichteten Standpunkt dargelegt hatten, gab nämlich der Reichsregierung Ministerialdirektor Pollengahr zum Kompromißauftag der Regierungsparteien und zu der Einsichtnahme in den Religionsunterricht überhaupt eine intervierende Erklärung ab.

Danach räumt Abrah. 15 des Paragr. 16 des Reichstags geteilten gemäß Artikel 149 Abrah. 1 der Reichsverfassung das Recht ein, sich von der Durchführung des Grundgesetzes zu überzeugen, daß der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundanthesen der Religionsgesellschaften erreicht wird. Weiter wird den oberen Stellen der Religionsgesellschaften zu diesem Zweck das Recht der „Einsichtnahme“ in den Religionsunterricht gewährt. Zug praktischen Gründen läßt sich die Einsichtnahme aber nicht ohne eine gewisse Delegation durchführen. Der Ausdruck, daß der Erziehungsminister die Einsichtnahme nicht habe, bedeutet, daß das Recht der Einsichtnahme an ihm nicht in seiner Einzelheit als Erziehungsminister übertragen werden könnte, wenn er lediglich diese Funktion habe. Weiter wird in den Kompromißauftag festgelegt, daß eine Dienstaufsicht gewahrt in irgendeiner Form nicht in Frage kommt.

Um Karlsruhe zu vermeiden, will Paragr. 16 des Kompromißauftag in jenen Gebieten des Reiches, wo eine bestreitbare Regelung dieser Fragen zwischen Staat und Religionsgesellschaft besteht, es bei dieser Regelung befreit. Selbstverständlich könnten die Religionsgesellschaften wie der Religionsunterricht noch auf Maßnahmen aus der Debatte mitspielen, auf das Recht der Einsichtnahme auch verzichten. Die Frage, wie sich die Konsequenzen gestalten würden wenn in der Praxis ein Einvernehmen zwischen Staat und Religionsgesellschaften nicht erzielt würde, kann nicht beantwortet werden. Ministerialdirektor Pollengahr damit, daß die Kompetenzen von Staat und Kirche auf so verschiedene Ebene liegen, daß es praktisch wohl kaum zu Konflikten kommen könne.

Die Weiterberatung wurde auf kommenden Mittwoch verlegt.

Das Schloß der Garnison von Tschitschau.

London. Times berichtet aus Peking: Nach Lieferung ihrer Waffen, Munition und Artillerie sind drei Brigaden der Schansentruppen, die sich in Tschitschau nach einer Belagerung von 70 Tagen eingeschlossen haben, nach Tschingtau östlich Peking gekommen. Der fünfte Teil der Garnitur in Tschitschau wurde durch die Beschiebung zerstört. Die Besatzung von Tschitschau wurde durch die Gefangen genommen, die getötet wurden, beträgt etwa 300; mehr als 1000 wurden verletzt.